

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigenblatt für

## den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen "Feierstunden" und "Unsere Heimat"

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage "Haus-, Garten- und Landwirtschaft"

### Bezugspreise:

Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60  
Einzelnummer 10 S

erscheint an jedem Werktag  
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold

Geschäftl. Druck u. Verlag von E. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



### Anzeigenpreise:

Die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Seite 50 S, Sammelanzeigen 50 % Ausschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Anträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr abgenommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Postfachkonto Stuttgart 5113

Nr. 112

Begründet 1826

Montag den 17. Mai 1926

Seitenschreiber Nr. 28

100. Jahrgang

## Tagespiegel

Das Reichskabinett ist am Samstag nachmittags zusammengetreten. Anschließend daran erstattete Reichswehrminister Dr. Gessler dem Reichspräsidenten Bericht.

Dr. Adenauer, der vom Zentrum als Reichsminister vorgeschlagen ist, hat bereits Bepflegungen mit den Reichstagsparteien aufgenommen. Adenauer soll, wie verlautet, versuchen, die Große Koalition zustande zu bringen, gegen die jedoch die demokratische Fraktion sich sträubt, da sie mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammenarbeiten will. Auch die Sozialdemokraten sind nicht für die Große Koalition.

General v. d. Goltz richtet in bezug auf die Maßnahmen der preussischen Regierung gegen die Vaterländischen Verbände eine Warnung an das deutsche Volk, auf der Hut zu sein. Das Vorgehen gegen den angeblichen Rechtsputz, der einen Tag vor den Verfügungen Sewerings bereits in französischen Blättern angekündigt wurde, sei ein Mandat. In Wahrheit sei eine Einkreisung des Reichsbanners und des roten Frontkämpferbundes in Vorbereitung. Die Vaterländischen Verbände sollen zuvor wehrlos gemacht werden.

Der Damesagent Parker Gilbert erklärte im Uebertragungsausschuß in Paris, Deutschland werde den Dawesplan bis zum Herbst durchführen können. Für die spätere Zeit könne er dafür nur einstehen, wenn die Pfänder und Sicherheiten schärfer herangezogen würden. Ob dies möglich sei, darüber sei er nicht sicher.

## Amerika auf dem wirtschaftlichen Kriegspfad

Die ablehnende Stellungnahme des Staatsrats für Auswärtiges in Washington zu Harrimans Plan, die deutsche Industrie ausfuhr nach Russland im Betrag von 35 Millionen Dollar zu finanzieren, beleuchtet erneut die angreifende Haltung, die die amtliche amerikanische Wirtschaftspolitik in den letzten Monaten aufgenommen hat. Weder Geseh noch Verordnungen zwingen Harriman, sich der Zustimmung des Staatsrats zu vergewissern. Aber Parker Gilbert soll ihn an das erinnern haben, was er ohnehin wissen mußte, daß zwischen der Regierung und den New Yorker Banken ein schwebendes Uebereinkommen besteht, wonach jeder internationale Kredit vor der Behebung vom Handelssekretär zu begutachten ist. Auf diese Weise sichert sich die Regierung, die sich politisch so ungenir bindet, in doppelter Richtung beherrschenden Einfluß in internationalen Angelegenheiten: Sie übt politische Kontrolle aus und fördert die eigenen Wirtschaftsinteressen im Ausland, indem sie andern ein Bein stellt.

Die Haltung des Staatsamts in der Frage des Russencredits enthielt keinerlei gegen Deutschland selbst gerichtete Spitze. Amerika hat keinen Nutzen davon, die deutsche Wirtschaft zu schädigen, es sei denn, daß eigene Interessen auf dem Spiele stehen.

Die Seele dieser Wirtschaftspolitik sind die zwei künftigen Köpfe des Coolidge-Kabinetts, Schatzsekretär Mellon und Handelssekretär Hoover. Andrew Mellon, der dritte reichste Mann der Vereinigten Staaten, Haupt des riesigen Aluminiumtrustes und ungezählter Finanzinteressen, ist schon Kraft seines Ursprungs eng mit jener New Yorker Bankgruppe verbunden, die hinter dem republikanischen Regierungssystem steht und ihm die 16 Millionen Dollars vorstößt, die in den letzten Präsidentenwahlen die republikanischen Erfolge herbeiführten. Hoover ist keiner Partei verpflichtet, aber er liegt auf einem, unter seiner Leitung ausgebildeten statistischen Apparat ständig auf der Lauer gegen ausländische Konkurrenz. Er gilt als der Bestürmter jeder Schutzzoll-, jeder Förderungs- der eigenen Ausfuhr und jedes Kampfes gegen ausländische Monopole.

Man geht auch nicht fehl in der Annahme, daß Hoover die Ablehnung des Russencredits an Deutschland erzwungen hat. Mehr als jedem anderen ist es Hoovers Widerstand zuzuschreiben, wenn die Sowjetrepublik bis heute nicht von den Vereinigten Staaten anerkannt wurde. Hoover verlangt vor einem derartigen diplomatischen Schritt die formelle Uebernahme der russischen Vorkriegsschulden an Amerika durch die Sowjets. Im übrigen aber begünstigt er die sofortige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Moskau. Man kann einen Schritt weitergehen und sagen, daß Amerika Russland als einen seiner zukunftsreichsten Märkte betrachtet und infolgedessen das außer jedem Zweifel stehende Bestreben hat, Deutschland daraus zu verdrängen.

Die diplomatische Anerkennung Russlands wird ohnehin nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Denn in jüngster Zeit beginnt sich die Geldwelt mit Eifer dafür einzusetzen. Der „politische Berater“ des Standard-Oil-Trusts entfaltet in dieser Hinsicht eine lebhafteste Betätigung. Seitdem es John D. Rockefeller jun. vor wenigen Wochen gelungen ist, einen erfolgreichen Petroleumschacher mit den „roten Moskowitern“ durchzuführen, dreht sich der Zeiger der amerikanischen öffentlichen Meinuna ganz so, wie die Drohkrieger es wünschen.

Reden, Verlautbarungen und Botschaften von amtlicher Seite pflegen mehr noch, als es im Ausland bekannt ist, ein Amerika vorzuspiegeln, das an nichts als dem Weltfrieden interessiert sei und jedem Volke seine wirtschaftliche Blüte gönne. Damit stehen freilich die Rüstungen der Vereinigten Staaten in diesem Jahr werden fünf- bis sechshundert Millionen Dollars für militärische Zwecke ausae-

## Die Regierungskrise im Reich

### Fürstenenteignung im Reichsrat angenommen

#### Gessler verzichtet

Berlin, 16. Mai. Reichswehrminister Dr. Gessler hat dem Reichspräsidenten den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben, da die Sozialdemokraten ihn als Kanzler ablehnten. Das Zentrum hat seinerseits den Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer (Zentr.) vorgeschlagen, der bereits in Berlin eingetroffen ist. Eine andere Richtung schlägt den Landeshauptmann der Rheinprovinz, Herion, vor. Im allgemeinen scheint die Stimmung zu sein, daß man möglichst keinen Oberbürgermeister mehr zum Reichskanzler machen sollte.

Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei kamen in einer vertraulichen Bepflegung überein, daß das bisherige Kabinettsmitglied möglichst beibehalten werden und der Kanzler gewechselt werden solle. In der Deutschen Volkspartei ist man der Auffassung, daß es kaum möglich sein werde, mit den Demokraten zu verhandeln, ehe sie nicht ihre Austrittserklärung aus der Koalition zurückgenommen haben. Die Stimmung in den Regierungsparteien ist gegen die Demokraten gereizt. Die erzwungene Herbeiführung der Regierungskrise in gegenwärtiger Zeit wird als „unverantwortliche Demagogie“ des Abg. Stefan Koch-Weser bezeichnet, der es nicht vermeiden könne, daß seinerzeit sein Parteigenosse Dr. Kütz und nicht er Reichsinnenminister geworden sei. In der eiaenen demokratischen Fraktion sei der von Koch gestellte Misstrauensantrag nur mit 15 gegen 13 Stimmen durchgegangen und die Vertretung im Reichstag sei nur durch Fraktionszwang möglich gewesen.

In einer Bepflegung des Zentrums mit den Vertretern der demokratischen Fraktion wurde von Seiten des Zentrums darauf hingewiesen, daß Dr. Gessler als Reichskanzler nicht genehm sein würde. Das Zentrum wolle als stärkste der gegenwärtigen Regierungsparteien seinerseits einen Vorschlag machen. Dr. Gessler hätte, wenn er das Kanzleramt übernommen hätte, das Reichswehrministerium abgegeben.

Dr. Adenauer hatte am Samstag eine Bepflegung mit Dr. Gessler.

#### Vom Reichsrat

Berlin, 16. Mai. Im Reichsrat erklärte der Vertreter der preussischen Regierung, die Flaggeneverordnung sei nach der Auffassung seiner Regierung eine Verfassungsverletzung gewesen, da nach Art. 67 der Reichsverfassung wichtige Regierungshandlungen zuvor mit dem Reichsrat besprochen werden müßten. Die Angelegenheit wurde einem Ausschuß übergeben.

Der Reichsrat stimmte verschiedenen Reichstagsbeschlüssen zu, ferner der Verordnung, wonach im Interesse der Zigarettensindustrie die Fabriksteuer für Zigaretten auf 30 v. H. erhöht, dagegen die Zigarettensteuer auf 400 M für den Doppelzentner ermäßigt wird. Der deutsch-japanische Handelsvertrag wurde einstimmig angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, der die Gerichts- und Anwaltskosten wesentlich herabsetzt.

#### Die Fürstenenteignung vor dem Reichsrat

Berlin, 16. Mai. In namentlicher Abstimmung hat der Reichsrat das Fürstenenteignungsgesetz (Enteignung „mit standesgemäßer Unterhaltsgewährung“) mit 42 gegen 4 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien, der Abstimmung enthielten sich Bayern, Württemberg, Hamburg, Mecklenburg und Braunschweig. Thüringen behielt sich seine Stellung vor.

#### Die Wahlrechtsänderung in Bayern

München, 16. Mai. Der Verfassungsausschuß des Landtags hat den Gesetzentwurf, wonach für die Bezirke die indirekte Wahl eingeführt werden soll, mit 17 gegen 10 Stimmen angenommen. Da der Artikel verfassungsändernd ist, ist es zweifelhaft, ob die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Vollziehung des Landtags zu erreichen ist. Nach einem weiteren Antrag soll das Wahlrecht für die Gemeinde- und Kreiswahlen auf das 25. Lebensjahr (gegenwärtig 20. Jahr) hinaufgehoben werden. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

## Der württ. Landtag gegen die Gebäudeentschuldungssteuer

Noch selten hat ein Reichsgesetz einen so allgemeinen Widerstand im Reich gefunden, wie die im August v. J. vom Reichstag beschlossene, den Ländern aufgezwungene Gebäudeentschuldungssteuer. Der preuß. Landtag hat sich z. B. dagegen ausgesprochen, Bayern hat sich ganz entschieden dagegen gewehrt; Württemberg und sein Landtag waren von Anfang an gegen diese Steuer, die so unsinnig wie nur möglich ist. Staatspräsident Baulike hat sie geradezu als unfruchtlich bezeichnet. Bei der Beratung des württ. Ausführungsgesetzes zum Reichs-Gebäudeentschuldungsgesetz hat nun der Steuerauschuß, ohne eine einzige ablehnende Stimme, folgenden Antrag Post, Dr. Hölscher, Hermann Hiller, Aug. Müller, angenommen:

#### Der Ausschuß wolle beschließen:

1. In Anbetracht des Umstandes, daß die derzeit geltenden Bestimmungen über die den Ländern aufgezwungene Gebäudeentschuldungssteuer zu schwerwiegenden Bedenken Anlaß geben, das Staatsministerium zu eruchen, bei der

Reichsregierung auf sofortige Beseitigung, jedenfalls aber auf sofortigen erheblichen Abbau dieser Steuer und auf anderweitige Entschädigung der Länder durch das Reich für den Ausfall mit Nachdruck hinzuwirken.

2. Das Staatsministerium weiter zu eruchen, in Verfolgung des genannten Zwecks sofort bei der Reichsregierung anzufordern, ob und wann voraussichtlich dem geäußerten Wunsch Rechnung getragen wird.

3. Bis zum Eingang einer Antwort die Beratung des Steueraussschusses auszusetzen.

Damit ist für Württemberg die letzte Möglichkeit ausgeüht und erschöpft, das grundverfehlte Reichsgesetz abzuwenden.

Der Finanzausschuß nahm einen Antrag an, die Regierung möchte bei allen Stellen der staatlichen Verwaltung als Ziel im Auge behalten, unständige Stellen, die einem dauernden Bedürfnis entsprechen, in planmäßige umzuwandeln. Für den Brückenbau zwischen Unterfärnkheim und Wangen wurden 73 788 M und für die höhere Wehlschule in Reutlingen ein Beitrag bis zu 75 000 Mark bewilligt.

ben werden) und die in ununterbrochener Reihenfolge veröffentlichten Berichte des Handelsamts über die Wirtschaftslage in anderen Ländern im argen Widerspruch. Ueberall mitter der Handelssekretär Konturrenten und Monopole, überall hält er Handelskrieg und Gegenmaßnahmen für notwendig, und dabei kann es freilich nicht wundernehmen, wenn ein etwas feindlicher Ton in die herrschende wirtschaftspolitische Richtung Washington kommt.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Mai.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr.

202. Sitzung. — Das Handelsabkommen mit Spanien wird dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Endgültig verabschiedet wird der Gesetzentwurf über die Abänderung der Reichsversicherungsordnung über die Fürsorgepflicht. Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfs über eine Abänderung des 2. Buchs der Reichsversicherungsordnung. Der Entwurf strebt einen Ausgleich in den Lasten der Wochenhilfe zwischen den einzelnen Krankenkassen an.

Abg. Frau A. Freundee (Komm.) spricht gegen das Verhalten mancher Unternehmerrkreise gegenüber den Krankenkassen.

Abg. Jaedker (Soz.) schildert die Notlage der Krankenkassen, die sehr unter Beitragsrückständen leiden. In Berlin seien allein 2 Millionen Mark rückständig.

Abg. Andre (Zentrum) weist darauf hin, daß gegen Arbeitgeber, die die Zahlung von Beiträgen böswillig unterlassen haben, mehrfach or. Gefängnis erkannt worden ist. Die Krankenkassen sollten eben die Beiträge häufiger

einziehen, damit sich die Summen nicht anhäufen. Wenn bei einem großen Betrieb ein Rückstand von 7 Millionen bestehen sollte, so trage auch die Krankenkasse die Schuld, weil sie nicht rechtzeitig zugriffen habe.

Der Gesetzentwurf wird dann in 2. und 3. Lesung angenommen.

Ein kommunistischer Antrag wünscht, daß gegen Urteile des Staatsgerichtshofs das Verfahren wieder aufgenommen werden könne. Namens des Rechtsausschusses spricht Abg. Graf Merveldt gegen den Antrag, den Abg. Rosenber (Komm.) verteidigt.

## Neuestes vom Tage

### Der Putz Pilsudskis

Von der polnischen Grenze, 16. Mai. Die Nachrichten aus Warschau sind widersprechend und unklar, Pilsudski scheint jedoch dort die Oberhand gewonnen zu haben. In den Kämpfen sollen 21 Mann getötet und 200, nach anderer Meldung 1000 verwundet worden sein. In den ehemals deutschen Provinzen soll ein Widerstand gegen Pilsudski eingeleitet werden. Witos hat noch nicht abgedankt. Die Sozialdemokraten sind für Pilsudski, die Kommunisten gegen ihn. In Posen sind der Finanzminister, der Justizminister und der Handelsminister im Flugzeug aus Warschau eingetroffen. Die Divisionskommandeure von Genshochau und Oberschlesien sind Parteigänger Pilsudskis, während General Sitorst zur Regierung hält. Es schwirren Gerüchte, daß die Litauer und die Russen Truppen an der polnischen Grenze aufmarschieren lassen.





**Ämtliche Bekanntmachung.  
Maul- und Klauenfeuche.**

In Ostelsheim O. A. Calw ist die Maul- und Klauenfeuche erloschen. Die fr. Zt. angeordneten Schutzmaßnahmen werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Nagold, den 15. Mai 1926.

1736

Oberamt:  
Dr. Merkt, Amtmann.

Nagold.

1743

**Bergebung von Bauarbeiten**

Nachgenannte Arbeiten zum Neubau eines Wohnhauses werden vergeben und zwar:

1. Zimmer-Arbeiten
2. Bertäferung mit Verschindlung
3. Flaschner-Arbeiten

Zeichnungen und Bedingungen sind bei mir aufgelegt. Angebote bis 21. Mai 1926, mittags 2 Uhr.

Ferd. Weimer, Maurermstr.

**Ebhausen.**

Bezugshalber verkaufe ich kommenden Mittwoch, 19. ds. Mts., von nachm. 2 Uhr an: 1,6 Stück gute Legehühner, 1 Stuben- und 1 Kinderwagen, 1 Kinderschlitten, 1 Kinderbettlade, 2 elektr. Zuglampen, 1 elektr. Stehlampe und verschiedene Haushaltungsgegenstände.



1738

G. Boehringcr.

**Gut sortiertes Bücherlager**

unterhält

**Buchhandlung Zaiser**

Fernsprecher 29.

Hermann Klein  
Klara Klein  
geb. Maier  
Vermählte

Kürnbach  
San Franzisko

Nagold

**Das neue  
Reichs = Kursbuch**

Große Ausgabe 1926 Mai

zu M. 6.50 vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Ebershardt, 16. Mai 1926.



**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter

**Dorothea Braun**  
geb. Stahl

erfahren durften, sowie für die überaus zahlreiche Leichenbegleitung sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

W. Forkami Enzklösterle.

**Papier- u. Brennholz-Verkauf.**

Am Donnerstag, den 27. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr nach Eintreffen des Posaautos von Wildbad bei im „Waldhorn“ in Enzklösterle aus Staatswald Papierrollen Nm: 3 II., 3 III. Kl. Laubh. Buch: 11 Schtr., 21 Brgl., 11 Andr., 1 Schtr., 1 Nadelh., 1 Schtr., 8 Brgl., 298 Andr. bzw. Klogh. Lösverzeichnis von der Forstdir. G. f. S. Stuttgart. 1733

Nagold. 1739

Schönen  
**Kopfsalat  
Tomaten**  
mit Papptöpfen,  
**Nelken u.  
Lopfpflanzen**  
empfiehlt  
Jonathan Raaf  
Gärtner.

Böfingen, den 16. Mai 1926.



**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die uns während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester

**Dorothea Broß**

in so reichem Maße erfahren durften, insbesondere für die rosreichen Worte des Herrn Geistlichen, für die reichen Kranzspenden, für den erhebenden Gesang des Gesangsvereins sagen wir herzlichen Dank.

Familie Schultheiß Broß.

**Pfingst-Karten**

in großer Auswahl bei

G. W. Zaiser, Nagold.

**Bestellschein.**

An das

Anfrankiert  
in  
den nächsten  
Briefkasten  
werfen.

**Postamt**

Ich bestelle hiermit die  
Nagolder Tageszeitung

**„Der Gesellschafter“**

mit den illu. Unterhaltungs-Beilagen  
„Feierstunden“, „Unsere Heimat“ u. der landw.  
Beilage „Haus-, Garten- u. Landwirtschaft“  
für den Monat Juni

und bitte, den Bezugspreis durch den  
Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name:

Wohnort:  
Straße u. Hausnummer:

Ein wertvolles Geschenk  
ist



Schön und dauerhaft in  
Leinen geb. zu M. 3.-  
vorrätig bei  
Buchhandlung Zaiser



**Damen- und Mädchen-Bekleidung**

Mäntel, Kostüme, Tailenkleider, Röcke, Blusen,

**C. Berner-Pforzheim**

Verkaufsräume parterre und eine Treppe hoch.

**Neue Taschen-Fahrpläne**

vorrätig in der Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Am...  
Mit den id...  
Feierstun...  
Monatli...  
„sche...  
Derbreite...  
regierlichung, Dr...  
Telegramm-Adr...  
Nr. 113  
Die Reichsre...  
Für Heunteignun...  
Der Verban...  
Mai d. 3. den...  
kündigt. Die...  
Arbeitnehmer.  
Der Prüfung...  
angenommen, d...  
des Rats auf n...  
wählt werden u...  
gewählt werden  
Der letzte t...  
Remo (Oberital...  
Der Pariser  
habe seinen Hau...  
Der...  
Seit der M...  
littischen Bühn...  
zember 1918 de...  
um dem ersten...  
Narutowicz, P...  
dauernd über d...  
gierung Grabst...  
wieder hervor...  
nisterpräsident...  
des polnisch. H...  
n e r a l i n p e...  
Generalfiab un...  
samte Verwaltu...  
geordnet sein...  
möglicher Nitleg...  
erbitterter Fe...  
waren die...  
Beim Abgang...  
Staatspräsident...  
Kundgebung zu...  
g o w s t i , a...  
schon wieder ab...  
Witos war abe...  
Regierung an...  
Malczewski als...  
den Freunden...  
hoffnung zur...  
anlatte ihn dan...  
am Mittwoch...  
Was ist es...  
diesem Heer in...  
gelangte Bilsu...  
Er ist ein Aben...  
schaft gegen die...  
und von der...  
Sibirien versch...  
verlegt aber v...  
nach dem östern...  
den russischen...  
die in einem...  
der österreichis...  
österreichische...  
als am 1. Aug...  
seine Legio...  
in russisches...  
Mittelmächten...  
bei dieser krieg...  
st ä n d i g e...  
rende Geist je...  
„Aktivisten“ b...  
mächte rednet...  
tierten „Passiv...  
mächte erhofft...  
lands die Selbst...  
günstigste schlie...  
dem Verband...  
visten, und a...  
brachen, war...  
visten, wenn...  
meinjamem Zi...  
band übergeg...  
Errichtung ein...  
diplomatisch...  
D m o w s t i...  
Sozialist, schie...  
sozialistischen...  
Bilsudski als...  
rend Dmowst...  
den Gruppen...  
der Seite der...  
tars, die aus...  
neue polnische...  
Seite Bilsudski...  
Offiziere, die...  
I n n e r p...  
ein Kampf un...  
politisch f...  
noch rufsländ...  
ein Vertreter...  
hubsdi hat Ma...